

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernspr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Giro-K. 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz.



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle abheurer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verbreitungseinrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 7.— bei freier Zustellung; bei Abholung — monatlich M 6.—; durch die Post vierteljährlich M 21.—

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gepaltene Pettizette (Rostes Zeilenmaß 14) 200 Bg., im Bezirke der Anzeigengemeinschaft 150 Bg., übrige Zeile M 6.00, und M 4.50 — Reklame M 5.00. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeige gebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der voll. Rechnungsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großpörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 27.

Sonnabend, den 4. März 1922.

74. Jahrgang

Das Wichtigste.

In Schlesien droht infolge der Schneeschmelze eine Hochwasserkatastrophe.
Die „Morning Post“ meldet aus Warschau, daß dort halbamtlich der 15. April als Tag der Bestäubung der Obersteins angegeben wird. Sämtliche für Obersteins gestellte polnische Beamte werden für diesen Tag entsprechende Verfügungen erhalten.
Der Abmarsch der Amerikaner. Aus Mawen und aus Andernach wird die gesamte amerikanische Besatzung zurückgezogen, sodaß sich nur noch in Koblenz Ehrenbreitstein amerikanische Truppenteile befinden werden.
Die große internationale Anleihe wird der hauptsächlichste Beratungspunkt der Konferenz von Genoa sein, durch diese Anleihe soll es Deutschland ermöglicht werden, den Kurs seiner Währung zu stabilisieren.
Die von Großbritannien an Österreich seit dem Waffenstillstand gewährten Gelder belaufen sich auf rund 12 Millionen Pfund.
Die Verluste der Türkei im Weltkrieg betragen 501 091 Soldaten, die gefallen oder gestorben sind, verwundet wurden 3 059 205 Soldaten und Offiziere.
Eine im amerikanischen Senat einstimmig angenommene Resolution macht jeden Zinsnachlaß an europäische Kriegsschuldner von einer mindestens 30 prozentigen Heeresverminderung des betreffenden Landes abhängig.
Im schweizerischen Landtag wurde gestern der Entwurf des neuen Schulbedarfsgesetzes abgelehnt.
Peter Gruppen, der Doppelarbeiter von Kleppelsdorf, hat sich gestern nachmittag in seiner Zelle erhängt.
Poincaré hielt bei einem Essen der englisch-amerikanischen Presse in Paris eine neue Rede gegen Deutschland. (Das Heben in dem Deutschenfresser einmal angeboren.) Die schweizerischen Blätter berichten, daß sich die wirtschaftliche Lage in der Schweiz unausgeseht verschlimmere.

Vertikale und sachliche Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Vortrag) Wie im Inserat der Donnerstagnummer zu sehen war, findet morgen Sonntag im Bürgergarten ein wichtiger Vortrag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener statt. Jeder „Ehemalige“ sollte es als seine Pflicht betrachten, diesen Vortrag zu besuchen. Wie wir hören, hat die R. e. K. hierzu einen Führer der Kriegsgefangenenorganisation gewonnen, der über alle Fragen betr. Forderungen an Staat und Feindstaat sowie Guthabenangelegenheiten Aufschluß geben wird. Das Hauptthema aber bildet die Frage: Was haben die ehemaligen Kriegsgefangenen jetzt noch zu erwarten. Alle Kameraden, ganz gleich, ob sie einer Kriegsofferorganisation angehören oder nicht, haben Zutritt. Da der Vortrag frei ist, ist der Besuch zu empfehlen.
— (Milchpreis für März.) Der Preis für Vollmilch beträgt im hiesigen Bezirk ab 1. März pro Liter 4,05 M ab Stall, 4,25 M frei Bahn oder Molkerei, 4,65 M Kleinverkaufspreis für Erzeuger. 5,40 M Ladenpreis.

— (Kirchensteuern.) Aus kirchlichen Kreisen wird geschrieben: Die Kirchensteuern spuken wieder und werden von kirchenfeindlichen Kreisen als Schreckmittel benutzt, um andere aus der Kirche herauszugraulen. Natürlich müssen Kirchensteuern sein. Aber wie seltsam ist es, daß gerade die Leute gegen Kirchensteuern heken, deren Partein im Landtage und in der Regierung daran schuld sind, daß neue Kirchensteuern erhoben werden müssen, weil sie der Landeskirche die Mittel verweigert haben, die diese noch fordern kann und muß, solange die Trennung von Kirche und Staat noch nicht wirklich erfolgt ist! Diese Kampfesweise gegen die Kirche zeigt die Absichten ihrer Gegner nur allzu deutlich: Die Kirche soll an ihrer eigenen Armut zugrunde gehen. Doch das wird nie geschehen. Gute Ware hält sich! Wenn jetzt Kirchensteuern ausgeschrieben und natürlich auch gebraucht werden, so müssen alle Kirchentreuen im Lande sich hüten, an die Lügen und Übertreibungen zu glauben, die von den Gegnern ausgesprochen werden. Im Zweifelsfalle wird eine Frage im Parlament oder bei einem Beschlusse sofort Klarheit schaffen. Auch Redereien über neue und hohe Konfirmationsgebühren sind völlig unwahr. Die Konfirmation kostet nach wie vor überhaupt nichts. Die Kirchensteuern betragen jetzt höchstens den 20. Teil der staatlichen Steuern. Hat einer 100 Mark Steuern an den Staat zu zahlen, dann zahlt er 5 Mark Kirchensteuern, bei 1000 Mark Staatssteuern 50 Mark u. s. i. Wenn man tatsächlich darauf hinweisen darf, daß der neue Staat sehr lange Zeit gebraucht hat, seine neue Steuern zu regeln, und daß auch die neue Steuerordnung immer wieder Veränderungen unterworfen ist, so darf man auch mit aller Sicher-

heit behaupten, daß die Kirche nach dem Abschluß der jetzigen Neuordnung die Steuervorschrift von 5 Prozent der Staatssteuern prüfen und allerhöchstwahrscheinlich herabsetzen, aber nie erhöhen wird.

— (Brotpreiserhöhung und Getreidepreise.) Seit einigen Tagen laufen durch die Presse benutzende Nachrichten über weitere Brotpreiserhöhungen. In der sozialistischen Presse wird sogar ein demnächst zu erwartender Brotpreis von 50 bis 60 Mark genannt. Als Grund zu diesen Wirtuagungen, die von wüsten Preistreibern und Brotwucher sprechen, dienen nicht einwandfrei festgestellte Meldungen, daß in Schleswig-Holstein einheimische Händler das Brotgetreide der kommenden Ernte für 1800 bzw. 2200 Mark pro Doppelzentner aufkaufen. Die Steigerung für 50 Kilogramm Weizen zu 560 und 580 Mark an der Berliner Produktenbörse werden ebenfalls damit in Zusammenhang gebracht. Zu dieser Steigerung des Inlandpreises sei festgestellt, daß der Getreidemarkt schon seit dem letzten Drittel des Dezembers eine außerordentlich feste Haltung zeigte, die ihren Ausgang von den bekannten Käufen der Reichsgetreidestelle im freien Markt genommen hatte. Die sich entwickelnde Steigerung der Getreidepreise hat im Februar und ganz besonders in den letzten Tagen außerordentliche und sehr bedauerliche Fortschritte gemacht, wobei der Weizen in erster Reihe steht. Aber trotz der erheblichen Erhöhung der Weizenpreise von über 100 Mark für den Zentner haben wir immerhin noch einen Unterschied zwischen heutigen und Auslandspreisen von ungefähr 2000 Mark für die Tonne. Der Reichsernährungsminister Hermes hat auf eine Anfrage im Reichstage dazu Stellung genommen und ausgesprochen, daß die Reichsgetreidestelle von ihm beantragt war, Inlandsgetreide zu kaufen, das aber bei der geringen Nachfrage des Handels, das Auftreten eines starken Käufers die Notwendigkeit einer erheblichen Steigerung der freien Getreidepreise herbeiführen mußte. Die Inlandsgetreidepreise sind in der Hauptsache der Wertentwicklung gefolgt und nach der augenblicklichen Beruhigung bewegt sich der Getreidepreis im geringen Ausmaß um den Dollar. Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Stockung der laufenden Versorgung durch den Eisenbahnverkehr zu der genannten Wertsteigerung des Weizens beigetragen hat; der letzte und entscheidende Faktor aber, der die Heraufhebung der Brotpreise notwendig gemacht hat, ist der Abbau der Reichszuschüsse, wozu wir nach Vorstellungen der Entente und nach unseren Zusagen in Cannes verpflichtet sind. Dies sind die Grundlagen für die bisherigen Brotpreiserhöhungen. Die Meldungen der Einzelpreise dürfen wohl nur zur Hege gegen die Landwirtschaft dienen, um durch böswillige Ausstreuung politische Ziele zu erreichen. Es wäre sehr erwünscht, wenn man die Namen der Firmen erfahren könnte, welche solche Angebote machen und dadurch die Bevölkerung benutzigen. Es sei festgestellt, daß an der Berliner Börse heute noch für weniger als die Hälfte der genannten Preise Getreideinkäufe abgeschlossen werden.

— (Keine phantastischen Weizenpreise.) Der mitteldeutsche Getreidehändlertag, der augenblicklich in Halle tagt, stellte fest, daß die Gerichte, wonach Weizen neuer Ernte mit 800—1000 Mark der Zentner bezahlt oder dieser Betrag geboten sein soll, auf böswilliger Erfindung mit politischem Hintergrund beruhen. In keinem Falle sei ein derartiges Angebot oder derartiger Kauf erfolgt.

— (Die Zigaretten werden nicht billiger.) Der Verein der Zigarettenfabriken Deutschlands teilt mit, daß die kürzlich berichtete Ermäßigung auf die Zigarettensteuer keine Verbilligung der Fabrikate bringen kann, weil es nur eine Herabsetzung der Steuerfäße ist, die durch Erhöhung des Goldzollaufgeldes und Verteuerung der Herstellungskosten bedingt wurde.

— (Wetterbericht.) Obwohl ganz Nord-europa von Depressionen wimmelt, hat sich zunächst zwischen einer am Donnerstag an der skandinavischen Westküste und einer südlich von Island heranziehenden Störung ein Knoten hohen Drucks entwickelt, der von einem sehr kräftigen Maximum über Spanien angeht. In Deutschland sind daher die Winde vorwiegend westlich, die Bewölkung ist wechselnd und die letzten 24 Stunden brachten auch noch Regen. Zunächst ist noch keine Veränderung zu erwarten, später hören die Niederstürme meist auf.

Lichtenberg b. Pulsnitz. (Gemeinderatsitzung.) Vorhergehend Verhandlung der Gemeinderäte des 24. Gebirgsbezirks. Es wird beschlossen, den Beitrag pro Geburt zur Hebammenpensionskasse von jetzt 20 Pf. auf 3 Mk zu erhöhen und diesen Betrag zu erheben, bis ein Grundstock von 10 000 Mark erreicht ist. Die Verwaltung der Kasse wird dem Gemeinderat Lichtenberg übertragen. — Beim Antrag des Konsumvereins Pulsnitz, betreffend Verkauf von Spirituosen in verfestigten Flaschen in der hiesigen Verkaufsstelle, wird die Bedürfnisfrage mit 15 gegen 2 Stimmen bejaht. — Die neue Ortschulordnung wird nach dem Vor-

schlage des Schulausschusses einstimmig angenommen. Die Sitzungen des Schulausschusses werden in Zukunft öffentlich sein. — Das Gehalt des Ortsdieners wird von jetzt 550 Mk. auf 660 Mk. pro Monat vom 1. Februar an erhöht. — Für die Mädchenfortbildungsschule sollen zu Lehrzwecken zwei Nähmaschinen angeschafft werden. — Der Antrag des Pulsnitzer Wochenblattes, für betreffende Zeitung einen Berichterstatler zu bestellen, wurde abgelehnt. (Die Volkszeitung erhält einen Bericht, warum das Wochenblatt nicht? D. R.) — Bei Notfahrlungen hat in Zukunft der Tierhalter die Kosten für den Tierarzt selbst zu tragen, nur bei Verkauf des Fleisches durch die Freibank werden selbige von der Gemeinde übernommen. — Der Antrag Mögel, die Ufermauer bei Nr. 100 zu erneuern, sowie die beiden Anträge Heinze, betreffend Ankauf eines Streifens Gemeindegelände, sowie den Abstand seines geplanten Neubaus von der Straße von vier auf zwei Meter zu verringern, werden dem Bauausschuß überwiesen.

Ballroba. (Auto-Brand.) Kürzlich geriet auf der Fahrt nach unserem Orte das Auto des Fuhrwerksbesizers Hantschmann aus Radeberg in Brand, der aber, da der Wagen einen Theo-Trockenfeuerlösch-Apparat bei sich führte, mit diesem auf einen Schlag gelöscht wurde. Wie uns hierzu von beteiligter Seite mitgeteilt wird, wäre es für jeden Autobesitzer empfehlenswert, sich mit einem solchen Trockenfeuerlösch-Apparat zu versehen, um bei etwaigen Gefahren geschützt zu sein.

Burkau. (Die Einzelheiten über den hier verübten Gattenmord) zeugen von einer entsetzlichen Tragödie. Die Schwiegermutter des Rottke ist die im Jahre 1868 geborene Wirtschaftsbefizerin Kranz. Zwischen dem erst seit sechs Wochen verheirateten Ehepaare waren bereits wiederholt Streitigkeiten wegen Erbschaftsangelegenheiten entstanden. So auch am Sonnabend abend in der 10. Stunde. Bei diesem Wortwechsel soll der Schwiegersohn angeblich seine Schwiegermutter geschlagen haben. Die Ehefrau eilte, nachdem sie aus dem Stalle eine Mistgabel geholt hatte, zu Hilfe herbei und verletzte mit dieser ihrem Manne die tödlichen Schläge. Auch die Schwiegermutter soll mit einem Knüttel auf ihn eingeschlagen haben. Der Ermordete galt als ein fleißiger, nuchlerner Mann. Er arbeitete in einem Bergwerk und war nur Sonnabend und Sonntag zu Hause. Wie er seinem in Chemnitz wohnenden Vater geschrieben hat, war bereits vor 14 Tagen von den beiden Frauen ein Mordversuch auf ihn gemacht worden. Das Gut des Erschlagenen wurde in Bewirtschaftung gegeben, die drei von der Frau in die Ehe gebrachten unehelichen Kinder anderwärts untergebracht.

Baugen. (Einen Ausblick auf die kommende feuerliche Belastung der Gemeinden), die noch eine ganz andere werden wird als bisher, eröffnete eine Mahnung des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtkonferenz zu größtmöglicher Sparsamkeit. Oberbürgermeister Niedner erklärte, daß im nächsten Haushaltsplan ein Mehr an Steuern von 8 bis 10 Millionen gefordert werden müsse.

Neustadt i. Sa. (Toller Betrieb) herrschte am Mittwoch auf den Straßen unserer Stadt. In allen möglichen und den unmöglichen Fällen zogen Truppen katerbummelnder Fastnachtsgesellen und erregten mit mancherlei von unverschämtem Humor zeugenden Einfällen (z. B. Begräbnis der Neustädter Steuerkommission!) die Lauteusecken der Passanten.

Annaberg. (Protest gegen das Finanzamt.) Einen scharfen Protest gegen das hiesige Finanzamt richtete in der Jahreshauptversammlung des Gesamtverbandes der vereinigten Arbeitgeverbände im oberen Erzgebirge, Herr Fabrikdirektor a. D. Klubeck. Es herrscht in hiesigen Kreisen der Steuerzahler eine große Erbitterung, daß das Finanzamt, obgleich die Steuererschätzungsbogen ausdrücklich nach bestem Wissen und Gewissen ausgestellt sind, den Steuerzahlern durch eine bedeutend höhere Einschätzung gleichsam eine Quittung ausgestellt hat, als ob diese den Staat betrügen wollten. Klubeck protestierte in flammenden Worten gegen diese ungerechtfertigten und unbewiesenen Unterstellungen. Er forderte, daß die Steuererschätzungskommission die mit gleichsam eidesstattlicher Erklärung abgegebenen Auskünfte gebührend respektiert und daß die Kommissionsmitglieder sich an das Gesetz halten. Tun sie das nicht, dann müsse man ihnen das Vertrauen entziehen und ihre Demission verlangen. In einer Entschliessung wurde dann von mehreren hundert Anwesenden einstimmig gefordert, daß unter Zugrundelegung von Sachverständigengutachten eine Revision der organisierten Steuerbehörde erfolgt und daß bis zur Vornahme der Revision die zinslose Stundung der zuviel verlangten Steuerbeträge unter allen Umständen ausgesprochen wird.

